

Al-Wazir: Büttelborn ist Sonderfall

Hessens Wirtschaftsminister antwortet Parteifreunden / Er bemerkt nachlassendes Interesse am Thema Fluglärm

BÜTTELBORN. Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Fluglärm läßt nach, die Menschen in Hessen erwarten im Umgang mit der Belastung am Frankfurter Flughafen „ganz offensichtlich keine unerfüllbaren Wunder“: Diese Schlüsse zieht Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) aus dem Ergebnis der Landtagswahl im Oktober und aus der Berichterstattung über den im Dezember präsentierten schwarz-grünen Koalitionsvertrag. Das geht aus einem Schriftwechsel hervor, den der Fraktionsvorsitzende der Grünen Liste Büttelborn (GLB), Frieder Engel, jetzt öffentlich gemacht hat.

Al-Wazir antwortete demnach Ende Dezember per Mail auf eine Zuschrift Engels vom November. Der GLB-Fraktionschef hatte darin erklärt, Büttelborn sei lange eine Grünen-Hochburg gewesen, doch „dieser Status geht nun langsam aber sicher den Bach runter“. Das zeige sich an vergleichsweise schwachen Zugewinnen der GLB in Büttelborn bei der Landtagswahl, die mit 4,9 Prozent deutlich hinter dem landesweiten Plus der Grünen von 8,7 Prozentpunkten zurückblieben.

„Ihr hättet mich für verrückt erklärt“

Engel führt dies auf die Belastungen der Büttelborner durch den Flugbetrieb zurück. Sollte es da keine Verbesserung geben, sehe er für die Grünen bei künftigen Wahlen in Nachbargemeinden des Flughafens schwarz.

In seiner Antwortmail entgegnete der Wirtschaftsminister, die Grünen in Büttelborn hätten vor dem Wahltag eigentlich Stimmenverluste „in dramatischer Form“ befürchtet. Wenn er ihnen statt dessen einen Zugewinn von fünf Prozentpunkten prophezeit hätte, „sei ehrlich, ihr hättet mich für verrückt erklärt“, schrieb Al-Wazir. Er verwies auf Zugewinne der Grünen bei der Wahl fünf Jahre zuvor, die aber für viele Flughafen-Anwohner „eine völlig richtungslose Protestwahl“ gewesen sei. Das zeige sich auch am star-

ken Zugewinn der AfD in manchen Wahlbezirken der Region im Jahr 2018. „Solche Leute kann man nicht halten.“

Zu Büttelborn bemerkte der Grünen-Minister, dort habe es bei der Wahl im Oktober „eine Art Sonderkonjunktur“ gegeben. Dies habe sich am Sieg des SPD-Kandidaten mit fast 60 Prozent bei der gleichzeitigen Bürgermeisterwahl gezeigt, während dessen Partei hessenweit unter 20 Prozent blieb: „Dann ist irgendwas im Ort los, was man jedenfalls mit landesweiter Politik und der Flughafenfrage nicht erklären kann. Was das ist, weiß ich nicht, aber da gibt es was, was ihr besser erkennen dürft als ich.“

Zum Thema Flughafen fügte Al-Wazir hinzu, er habe sich sehr gewundert, daß diese Frage in der Berichterstattung über den schwarz-grünen Koalitionsvertrag gar keine Rolle gespielt habe. „Das heißt jetzt nicht, das wir nicht am Thema dranbleiben müssen, aber ganz offensichtlich erwarten die Leute keine unerfüllbaren Wunder, sondern schlicht, daß wir das Mögliche tun. Und das will ich weiter tun.“

Verwechselt

Verwirrung hat der Vorsitzende der Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms (IGF), Dirk Treber, mit einer Pressemitteilung zum schwarz-grünen Koalitionsvertrag ausgelöst. Darin wird unter anderem als Forderung der IGF genannt, „daß das Flachstartanstelle des Steilstartverfahrens wieder eingeführt werden soll“, um die Bürger in Büttelborn und anderen Gemeinden am Flughafen von Fluglärm zu entlasten. Dies steht im Widerspruch zur Haltung in der Region, die sich durch Flachstarts der Luft-hansa über Gebühr belastet sieht. Treber erklärte am Mittwoch auf Anfrage, die Startverfahren seien in der Mitteilung schlicht verwechselt worden. Gefordert werde statt dessen, das Steilstartverfahren für verbindlich zu erklären